

Unsere Petition an den Deutschen Bundestag

Wortlaut der Petition

Freiwilligendienste im In- u. Ausland müssen attraktiver werden. Hierfür müssen Bund u. Länder folgende Maßnahmen mit ausreichend finanziellen Mitteln umsetzen:

Taschengeld angelehnt an BAföG-Höchstsatz;

kostenlose Nutzung Nah- u. Fernverkehr;

Wertschätzung durch Anrechnung auf Ausbildung/Studium, besseren Zugang zu Wohngeld, keine Anrechnung bei Unterhalt u. Sozialleistungen der Eltern/Geschwister;

vielfältigeres Platzangebot u. Rechtsanspruch;

bessere Finanzierung v. Seminaren;

mehr Teilzeit.

Begründung

Unsere Freiwilligendienste stärken die Zivilgesellschaft und wecken das Interesse an lebenslangem Engagement. Dieses gesellschaftliche Potential wird aber viel zu wenig genutzt. Nicht alle Menschen haben die Möglichkeit, einen Freiwilligendienst zu leisten. Gleichzeitig fehlt es gesellschaftlich an der nötigen Anerkennung und Wertschätzung für Freiwilligendienstleistende. Das müssen wir ändern.

Die Erfahrung zeigt: Die Teilnahme an einem Freiwilligendienst ist zu oft vom finanziellen Hintergrund der Person abhängig. Gerade junge Menschen aus einkommensschwachen Familien können, trotz Interesse, keinen Freiwilligendienst leisten. Dieses Problem wird durch Inflation und steigende Lebensunterhaltskosten weiter verschärft. Somit wird soziale Ungleichheit im Freiwilligendienst verstärkt.

Deshalb benötigen Freiwilligendienstleistenden endlich ein deutlich höheres Taschengeld, angelehnt an den BAföG-Höchstsatz sowie einen Inflationsausgleich. So werden finanzielle Hürden und Exklusion abgebaut.

Der Freiwilligendienst verlangt viel Mobilität: Umzug, Fahrten zur Einsatzstelle und zu den Seminaren. Dazu kommen Fahrtkostenerstattungen, auf die häufig Monate gewartet werden muss. Das ist eine enorme zusätzliche Belastung. Deshalb muss für Freiwilligendienstleistende die kostenlose Nutzung von Nah- und Fernverkehr ermöglicht werden.

Die katastrophale Lage von Freiwilligendienstleistenden wird durch weitere Faktoren verschärft: schlechter Zugang zum Wohngeld, keine Befreiung vom Rundfunkbeitrag und die ungerechte Anrechnung des Taschengeldes auf Unterhalt und Sozialleistungen der Familienangehörigen sind eine soziale Ungerechtigkeit. Hier brauchen wir schnelle gesetzliche Änderungen.

Zudem mangelt es an gesellschaftlicher Anerkennung und Flexibilität. Freiwilligendienstleistende engagieren sich für die Gesellschaft und sollten für ihre Leistung bessere Anrechnungsmöglichkeiten, wie Pflichtpraktikumsersatz oder doppelte Wartesemester, für ihre spätere Ausbildung oder Studium erhalten. Mehr Flexibilität braucht echte Teilzeitmöglichkeiten, indem unter anderem auch Menschen unter 27 Jahren ohne Nennung von Gründen eine

Teilzeitmöglichkeit erhalten. Dazu bedarf es die Option, den Freiwilligendienst in einer Mehrjahresoption abzuleisten.

Es gibt Regionen und Einsatzstellen mit deutlich mehr Bewerbungen als Plätzen. Das ist ein großes Zeichen für eine junge Generation, die sich engagieren möchte und nicht in die Pflicht genommen werden muss. Damit tatsächlich genügend Plätze für Alle vorhanden sind, bedarf es eines Rechtsanspruchs auf einen Freiwilligendienstplatz. Auch das Angebot der Einsatzbereiche muss ausgeweitet und vielfältiger werden.

Damit wir mit den Trägern und Einsatzstellen die Rahmenbedingungen, gerade auch im Hinblick auf die pädagogische Begleitung, spürbar verbessern können, benötigen wir mindestens eine Verdreifachung der Mittel durch den Bund und die Bundesländer.

Nutze deine Stimme: Lasst uns gemeinsam Freiwilligendienst stärken!